

Vertreter:

Herr Robert Grawe	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Kurt Radau
Herr Friedrich Theismann	CDU	Vertretung für Herrn Dieter Fühner
Frau Christel Zimmermann	SPD	Vertretung für Frau Ulrike Stockel

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel		Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Herr Jürgen Grimberg		Leiter Fachbereich 7
Herr Jürgen Wullkotte		Leiter Fachbereich 4
Herr Bernd Houppert		Leiter Fachbereich 3
Herr Frank de Groot-Dirks		Leitung Büro des Bürgermeisters / Pressesprecher
Frau Dr. Mechthild Beilmann-Schöner		Produktverantwortliche Städt. Museen
Frau Petra Lüttmann		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 27 über die öffentliche Sitzung am 17.04.2018

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungsvorschläge vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 17.04.2018 gefassten Beschlüsse

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Einführung Gelbe Tonne

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass die Stadt Rheine zum 01.01.2019 die Gelbe Tonne im Stadtgebiet einführen werde. Nur in Teilen der Innenstadt werde es ein Mischsystem geben, bei dem noch in Ausnahmefällen (u. a. Platzprobleme) Gelbe Säcke zum Einsatz kämen.

Herr Dr. Vennekötter habe erfolgreich Verhandlungen mit dem „Dualen System“ geführt. Es werde künftig auf 240-Liter-Tonnen, die in einem Vier-Wochen-Rhythmus abgeholt werden, umgestellt.

3.2. Organisationsuntersuchung der Feuer- und Rettungswache Rheine - Zwischeninformation

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass mit Schreiben vom 10.08.2017 die Fa. LUELF & RINKE Sicherheitsberatung GmbH in 41564 Kaarst mit der Organisationsuntersuchung der Feuer- und Rettungswache beauftragt wurde. Die Untersuchung befände sich in der Schlussphase und die beauftragte Fachfirma werde die begleitende Projektgruppe vermutlich Ende Juni 2018 über die vorläufigen Untersuchungsergebnisse unterrichten.

Nach den Sommerferien sei eine Vorstellung der endgültigen Ergebnisse im Haupt- und Finanzausschuss geplant.

3.3. Kloster Bentlage - Sachstandsbericht Umsatzsteuer und Gründung eines Eigenbetriebes

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass mit Datum vom 04.06.2018 das Finanzamt Steinfurt die Steuerbescheide zur Umsatzsteuer-Jahreserklärung der Kloster Bentlage gGmbH für den Zeitraum 2010 bis 2013 abschließend festgesetzt habe. Basis dieser Festsetzung sei der am 29.09.2017 erstellte Prüfbericht des Finanzamtes für Groß- und Konzernbetriebsprüfung Münster. Dieser Bericht stelle u. a. fest, dass auf den von der Stadt Rheine gewährten Betriebskostenzuschuss in Höhe von jährlich 620.000 € Umsatzsteuer in Höhe von 117.800 € (19 %) zu entrichten sei.

Die Steuernachforderung sei zum 09.07.2018 fällig. Die Einlegung von Rechtsmitteln gegen die Bescheide führe nicht zu einer Aussetzung der Vollziehung.

Im gültigen Pachtvertrag vom 27.09.2009 sei vereinbart worden, dass es sich bei dem vertraglich vereinbarten Betriebskostenzuschuss um einen Nettobetrag handele. Sollte Umsatzsteuer anfallen, so sei die Stadt verpflichtet, diese zusätzlich zu entrichten. (§ 10 Ziffer 4, Pachtvertrag v. 27.02.2009). Die Kloster Bentlage gGmbH habe deshalb mit Rechnung vom 07.06.2018 die auf den Betriebskostenzuschuss anfallende Umsatzsteuer für die Jahre 2010 - 2013 eingefordert. Um die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft nicht zu gefährden, werde die Stadt diese Beträge unverzüglich an die Kloster Bentlage gGmbH zahlen. Der FB 4.2 habe als Vorsorge für eine evtl. Umsatzsteuerforderung bereits im Jahre 2017 eine Rückstellung zur Deckung der Aufwendungen im Budget 06022 gebildet.

(Gründung einer Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung)

Entsprechend der Ratsbeschlüsse vom 08.05.2018 (95/18) habe eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des FB 4, des SB 0 und der Kloster Bentlage gGmbH inzwischen ihre Arbeit aufgenommen. Diese Arbeitsgruppe habe den als Anlage 1 zur Niederschrift beigefügten Ablaufplan zur Gründung der Eigenbetriebsähnlichen Einrichtung erarbeitet. Auf dieser Grundlage würden die einzelnen Aufgaben nunmehr durch die Verwaltung unter Einbeziehung weiterer Beteiligter abgearbeitet mit dem Ziel, alle erforderlichen Gründungsbeschlüsse in der Ratssitzung am 04.12.2018 fassen zu können.

Auf Nachfrage von Herrn Bonk teilt Herr Dr. Lüttmann mit, dass der Aufsichtsrat der Kloster gGmbH die Geschäftsführer beauftragt habe, gegen den Steuerbescheid Rechtsmittel einzulegen.

3.4. Antrag der FDP-Fraktion - Ausweitung weiterer Anwohnerparkgebiete

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die FDP-Fraktion die Verwaltung gebeten habe, die Ausweitung weiterer Anwohnerparkgebiete (Gartenstraße, Egelsweg, Windhoffstraße, Kolpingstraße) zu prüfen. Die Fraktion führe in der Begründung aus, dass der Parkdruck in den genannten Straßen tagsüber sehr hoch sei. Häufig seien Haus- und Garageneinfahrten durch parkende Autos blockiert und in der zweiten Reihe parkende Autos würden Probleme für Müll- und Rettungsdienste verursachen.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag an den Arbeitskreis Verkehr zu verweisen und in einer der nächsten HFA-Sitzungen einen Sachstandsbericht zu geben.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

3.5. Antrag der B90/DIE GRÜNEN- und der CDU-Fraktion - "Unverpackt-Laden" in Rheine

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass die Fraktionen von B90/DIE GRÜNEN und der CDU die Stadt Rheine gebeten haben, die Wirtschaftsförderung zu beauftragen, Gespräche mit potentiellen Investoren zu führen, um einen „Unverpackt-Laden“ im Stadtgebiet Rheine zu etablieren.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag an die EWG zu verweisen.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

3.6. Antrag der CDU-Fraktion - barrierefreier Umbau des Bahnhofs Mesum

Herr Dr. Lüttmann berichtet weiter, dass die CDU-Fraktion beantrage, dass die Stadt Rheine einen Antrag beim Zweckverband SPNV Münsterland (ZVM) zum barrierefreien Umbau des Bahnhofs Mesum stelle.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, den Antrag an die Verwaltung zu verweisen mit der Bitte, zunächst die Förderkulisse zu prüfen. Anschließend folgen eine Berichterstattung und die weitere Beratung im Bauausschuss.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

4. Einwohnerfragestunde

Es folgen keine Wortmeldungen.

5. Jahresbericht 2017 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen - Beratungsstelle Rheine Vorlage: 210/18

Frau Esters-Gardeweg informiert anhand der als Anlage 2 der Niederschrift beigefügten Präsentation über den Jahresbericht 2017 der Verbraucherberatungsstelle Rheine.

Durch mehrere Wortbeiträge werden die Präsentation und die Arbeit der Verbraucherzentrale Rheine positiv gewürdigt.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den Jahresbericht 2017 der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen – Beratungsstelle Rheine – zur Kenntnis.

6. Sonderbriefmarke St. Dionysius Vorlage: 230/18

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt die nachstehende Resolution zum Druck einer Sonderbriefmarke anlässlich der 500-Jahr-Feier der Kirchengemeinde St. Dionysius.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Berichtswesen 2018, Stichtag 31.05.2018, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung Vorlage: 211/18

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung– mit dem Stand der Daten zum 31.05.2018 zur Kenntnis.

**8. Berichtswesen 2018, Stichtag 31.05.2018, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 250/18**

Auf Nachfrage von Herrn Brunsch, wie es zu den Mehraufwendungen in Höhe von 21.000 € für die Vermarktung des Wohngebietes „Eschendorfer Aue“ käme, antwortet Herr Krümpel, dass diese Mehrkosten durch die Veranstaltung der Messe verursacht worden seien. Die Kosten der Veranstaltung seien vorher schwer schätzbar gewesen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2018 zur Kenntnis.

**9. Berichtswesen 2018, Stichtag 31.05.2018,
Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 199/18**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 – Interner Service – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2018 zur Kenntnis.

**10. Berichtswesen 2018, Stichtag 31.05.2018,
Sonderbereich 0 - Verwaltungsführung, Büro des Bürgermeisters -
Produktgruppen 02 bis 05
Vorlage: 192/18**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 – Verwaltungsführung, Büro des Bürgermeisters – Produktgruppen 02 - 05 mit dem Stand der Daten zum 31.05.2018 zur Kenntnis.

**11. Berichtswesen 2018, Stichtag 31.05.2018, Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzleistungen
Vorlage: 237/18**

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen – mit dem Stand der Daten zum 31.05.2018 zur Kenntnis.

**12. Verkauf von selbstständig nicht bebaubaren Grundstücksflächen (Kleinflächen) - Antrag der Fraktionen CDU u. B90/DIE GRÜNEN vom 04.12.2017
Vorlage: 249/18**

Herr Mau regt an, dass es zukünftig Ziel sein sollte, bei der Vermarktung von Flächen Restflächen zu vermeiden. Die TBR sollen, z. B. durch Prüfung der Pfliegelisten, kostenintensive Flächen benennen. Diese Flächen sollen hinsichtlich ihrer Vermarktbarkeit überprüft werden.

Herr Brauer schlägt eine jährliche Berichterstattung hierüber im Haupt- und Finanzausschuss vor. Herr Krümpel sagt dies zu.

Herr Hachmann regt an, dass sich Bürger direkt an die Stadt wenden sollen, wenn diese die Absicht hätten, angrenzende Restflächen von der Stadt zu erwerben.

Herr Dr. Lüttmann nimmt die Anregungen auf.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Information zur Kenntnis.

13. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

**13.1. Sperrung der Straße Am Backhaus/L 501
Eingabe des Stadtteilbeirates Rodde/Kanalhafen**

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass der Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen die Sperrung der Straße Am Backhaus/L 501, Hörsteler Straße für LKW beantrage. Seit Jahren bestehe das Problem, dass große LKWs, von der BAB 30 kommend, Am Backhaus reinfahren Richtung Listweg, dort links abbiegen und sich dann an der Bahnunterführung festfahren. Beim Rangieren komme es auch immer wieder zu Schäden. Der Stadtteilbeirat schlage vor, an der L 501/Am Backhaus ein Hinweisschild mit dem Vorschlag, über Kanalhafen zu fahren, aufzustellen.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, die Eingabe an den Arbeitskreis Verkehr zu verweisen.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

**13.2. Erweiterung der Parkplätze in der Malterstraße, Bereich Kindergarten St. Joseph
Eingabe des Stadtteilbeirates Rodde/Kanalhafen**

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass der Stadtteilbeirat Rodde/Kanalhafen ferner beantrage, die Parkplätze in der Malterstraße im Bereich des Kindergartens St. Joseph um einige zu erweitern. Auf der Malterstraße seien nur wenige Parkplätze ausgewiesen, sodass beim Bringen der Kinder zum Kindergarten teilweise nicht genügend Parkplätze zur Verfügung stehen würden.

Herr Dr. Lüttmann schlägt vor, die Eingabe an den Arbeitskreis Verkehr zu verweisen.

Dem Verfahrensvorschlag des Bürgermeisters wird nicht widersprochen.

14. Anfragen und Anregungen

14.1. Außenstelle Mesum - Anfrage von Herrn Roscher

Herr Roscher fragt an, wann die Außenstelle Mesum wieder besetzt werde. Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass er zum jetzigen Zeitpunkt davon ausgehe, dass die Außenstelle im August 2018 wieder eröffnet werde.

14.2. Heckenbeschneidung im Bereich der Friedenstraße - Anfrage von Herrn Weßling

Herr Weßling beklagt den Überwuchs an der Friedenstraße in Richtung Schleupe. Er habe diese Problematik in den letzten Jahren oftmals im Bauausschuss angesprochen. Hierdurch entstünden Behinderungen der Verkehrsteilnehmer (insbesondere der Fuß- und Fahrradfahrer). Jedes Jahr mache die Stadt Rheine die Deutsche Bahn auf diese Problematik aufmerksam. Zudem sei auch der Überwuchs auf der gegenüber liegenden Seite (private Grundstücke) zu verzeichnen.

Herr Dr. Lüttmann sichert zu, die Problematik an die TBR weiterzuleiten.

14.3. Kleingartenanlage am Krusen Baum - Anfrage von Herrn Mau

Herr Mau weist auf die gefährliche Verkehrssituation für Radfahrer an der Kleingartenanlage „Am Krusen Baum“ hin. Er führt aus, dass der Fahrradweg in einer Kurve enden würde. Die Betreiber der Kleingartenanlage würden auf den abgetrennten Teil der Straße parken, sodass die Radfahrer auf die enge Straße ausweichen müssten. Die Kleingartenanlage verfüge jedoch über einen eigenen Parkplatz. Herr Mau schlägt vor, das Schild „Ende des Radweges“ zu entfernen und entweder ein Schild „Parkverbot“ oder ein Schild, dass der Fahrradweg weitergehe, aufzustellen.

Herr Dr. Lüttmann nimmt den Hinweis entgegen und sagt zu, diesen an den AK Verkehr weiterzuleiten.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 17:58 Uhr

gez. _____
Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

gez. _____
Petra Lüttmann
Schriftführerin